

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

F/XXIX/133

17. Juli 1974

Keine Anti-Autofahrer-Politik

Politisches Konzept für alle Verkehrsteilnehmer

Von Heinz Ruhnow

Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium und  
Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 39 Zeilen

Wenig Interesse an rechtsstaatlicher Lösung

"Radikale im öffentlichen Dienst" für die Union  
vor allem Wahlkampfthema

Von Karl Liedtke MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 63 Zeilen

CDU in der Furcht vor dem Herrn

Rainer Barzel legt den Finger auf die Parteiwunde

Seite 5 / 39 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37-38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Köln r. Str. P. 109-112 Telefon: 37 66 11

Keine Anti-Autofahrer-Politik

Politisches Konzept für alle Verkehrsteilnehmer

Von Heinz Ruhnau

Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium und Mitglied des SPD-Vorstandes

"Anti" ist keine Politik, schon gar nicht, wenn es um die Verkehrspolitik geht. Wer an die Verkehrspolitik mit der Frage herangeht, wer für oder gegen das Auto sei, der versteht in Wahrheit nichts von den differenzierten Problemen, die heute die Verkehrspolitik in unserem Land zu lösen hat. Da kann es nicht gegen oder für den einen oder anderen Verkehrsträger gehen, da gibt es nur eine vernünftige zweckmäßige Entwicklung und Abstimmung aller Verkehrsträger zum höchsten Nutzen unserer Bürger. Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle hat deshalb sehr klar bei seinem Amtseintritt gesagt: "Keine Verkehrspolitik auf dem Rücken der Autofahrer!"

Die Bundesregierung will eine nüchterne, vorurteilsfreie und realistische Verkehrspolitik betreiben. Das heißt auch, daß sie sich am Machbaren orientiert. Und das wiederum bedeutet als Konsequenz für den Autofahrer: Keine Belastungen, die nicht notwendig sind. Belastungen also nur dort, wo es unbedingt notwendig ist, wie z.B. bei der Erhöhung der Sicherheit durch die Anlegpflicht von Sicherheitsgurten.

Das Auto wird in unserem Verkehrssystem nach wie vor einen wichtigen Teil der Nachfrage nach Personen- und Güterverkehrsleistungen zu bewältigen haben. In unserer Wirtschaft hat darüber hinaus die Automobilindustrie und alle, die indirekt ihren Arbeitsplatz mit ihr teilen, eine herausragende

Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum und die Vollbeschäftigung. Dabei dürfen wir nicht verkennen, daß die künftige Entwicklung der Automobilindustrie natürlich von einer gewissen Marktsättigung im In- und Ausland gekennzeichnet sein wird. Dagegen helfen auch die Forderungen nach Steuer-senkungen und zusätzlichen Anreizen zum Kauf eines Autos nicht. Es hätte eigentlich schon vor einigen Jahren jedem klar sein müssen, daß die hohen Zuwachsraten im Verkauf und der Produktion von Automobilen so nicht weitergehen konnten. Jetzt sind wir an einer gewissen Grenze angekommen, und die Automobilindustrie tut gut daran, sich darauf einzustellen.

Die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs ist oft zum Anlaß genommen worden, daraus eine Anti-Autofahrerpolitik zu konstruieren. Nichts ist falscher als das. Der Individualverkehr wird auch in unseren Großstädten und zur Erreichung des Arbeitsplatzes seine Bedeutung behalten. Allerdings kommt es darauf an, zwischen ihm und dem öffentlichen Nahverkehr zu einer sinnvollen Kooperation zu kommen. Die Entwicklung der öffentlichen Nahverkehrssysteme wird auch ein unverzichtbarer Beitrag zur Entwicklung unserer städtischen Landschaften sein. Wer die Stadt menschenwürdig erhalten will, der muß auch auf diesem Feld das Notwendige tun.

Die Verkehrspolitik der Bundesregierung ist eine Politik für alle Verkehrsteilnehmer, also auch für den Autofahrer. (-/17.7.1974/ks/pr)

+ + +

Wenig Interesse an rechtsstaatlicher Lösung

"Radikale im öffentlichen Dienst" für die Union vor allem Wahlkampfthema

Von Karl Liedtke MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

So kann man eine politische Diskussion auch führen: Übereinstimmung mit dem politischen Gegner ignorieren, schwierige verfassungsrechtliche Kernfragen in der Diskussion ausklammern, alles mit dem offensichtlichen Ziel, ein Wahlkampfthema, das sich nach Auffassung der Union bewährt hat, nicht sterben zu lassen. Der Schein müßte schon sehr trügen, wenn die Unions-Parteien bei dem Gesetz über "Radikale" im öffentlichen Dienst eine andere Konzeption zu verfolgen beabsichtigten.

Da wird auf der Seite der Unions-Parteien zunächst so getan, als habe die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den "Radikalen" die Chance sichert, einen "Marsch durch die Institutionen" anzutreten. CDU-MdB Dr. Karl Miltner liefert in einem Aufsatz vom "Gesellschaftspolitische Kommentare" Nr. 13 der Öffentlichkeit auch gleich den Grund: Die Bundesregierung sei - so behauptet er - schwach. Wegen der Konfusion im Bereich der Koalitionsparteien habe sie keine klare Konzeption und kapituliere deshalb vor den Radikalen von rechts und von links. Es ist fast überflüssig hinzuzufügen, daß er in dem Gesetzentwurf von Bayern und Baden-Württemberg, den diese Länder zum Radikalen-Thema ihrerseits im Bundesrat eingebracht haben, die richtige Lösung sieht.

Als Innenausschußmitglied des Bundestages kennt Karl Miltner sicher den Stand der Diskussionen bei den Unions-Parteien. Deshalb ist es besonders ernst zu nehmen, wenn er darüber hinaus ankündigt, daß der Entwurf der Bundesregierung im Bundesrat scheitern wird. Er verknüpft diesen Hinweis mit der Forderung, die Koalitionsparteien müßten sich "zu einer klaren Position im Sinne des Gesetzentwurfs von Baden-Württemberg und Bayern durchringen". Im Vorfeld der Beratungen des Bundestages läßt er also mit unverhohlener Deutlichkeit durchblicken, daß die Unions-Parteien nicht kompromißbereit sind. Die Obstruktion durch die knappe Unionsmehrheit im Bundesrat scheint vorprogrammiert.

Daß es sich hier nicht um einen Alleingang Miltners handelt, zeigt auch der vom bayrischen Innenminister Dr. Merk am 7. Mai vorgelegte "Bericht über die Sicherheit des Bürgers". Der Entwurf der Bundesregierung wird hier schlicht als "unannehmbar" bezeichnet. Zum Stil der Unions-Parteien in der Diskussion zum Radikalen-Thema gehört es andererseits, daß die verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten ausgeklammert werden. Der nordrhein-westfälische Justizminister, Dr. Diether Posser, hat die Verfassungsfragen bei der Beratung der beiden Gesetzentwürfe am 10. Mai im Bundesrat ausführlich dargestellt. Der nachfolgende Redner, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, kommentierte seine Ausführungen erfreulicherweise gesprächsbereit: "Herr Kollege Posser - das will ich gleich vorweg sagen -, für uns ist das, was Sie hier gesagt haben, von allergrößtem Interesse... Wir werden uns in den Ausschüssen natürlich sehr damit beschäftigen müssen."

Diese Einsicht des CDU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten ist bei den Unions-Parteien jedoch nicht erkennbar auf Widerhall gestoßen. Wir werden

Wege finden, um die Unions-Parteien auch in der Öffentlichkeit zu zwingen, zu den Verfassungsfragen Farbe zu bekennen. Der von den Ländern Bayern und Baden-Württemberg vorgelegte Gesetzentwurf wirft schwierige verfassungsrechtliche Probleme auf, die nicht einfach totgeschwiegen werden können. Zwei Fragen stehen dabei im Vordergrund:

- 1/ Nach dem CDU/CSU-Entwurf soll die Mitgliedschaft in einer Partei oder sonstigen Vereinigung, die verfassungsfremde Ziele verfolgt, in der Regel Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers begründen. Welches sind diese "verfassungsfremden Ziele" und wodurch unterscheiden sie sich von "verfassungswidrigen Zielen" einer Partei, über die allein das Bundesverfassungsgericht befinden kann?
- 2/ Wer - wenn nicht das Bundesverfassungsgericht - soll die "verfassungsfremden Ziele" feststellen, und für welchen Zeitraum soll eine solche Feststellung ggf. gelten? Wie soll die einheitliche Praxis sichergestellt werden?

In diesem Zusammenhang sollten die Unions-Parteien auch gleich darstellen, welche Parteien und Organisationen nach ihrer Auffassung derzeit verfassungsfremde Ziele verfolgen.

Sollte - und dies ist ein Hinweis an die Unions-Parteien - eine einheitliche, rechtsstaatliche und verfassungsgemäße Regelung am Widerstand der Unions-Parteien im Bundesrat scheitern, so dürften sich die CDU/CSU-geführten Bundesländer selbst isolieren. Bundesregierung und SPD-geführte Länder werden sich nicht auseinandervidieren lassen und nach einer gemeinsamen Lösung suchen. Die Position der sozialliberalen Koalition ist klar, klarer als dies von den Unions-Parteien offenbar gewünscht und behauptet wird.

(-/17.7.1974/bgy/pr)

+ + +

**CDU in der Furcht vor dem Herrn**  
-----

**Rainer Barzel legt den Finger auf die Parteiwunde**

Unter großem Beifall seiner Bonner Parteifreunde hat der ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer C. Barzel heftigen Protest dagegen eingelegt, daß der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß auf seinem Münchner Parteitag die CDU öffentlich getadelt hatte. Barzels Unterfangen, das so sehr zerkratzte Image der CDU wieder glattzubügeln, ist zugleich der Versuch, die Strauß-Schelte nachzuholen, die die gegenwärtigen Partei- und Fraktionsführer der CDU in München in der Furcht vor dem Herrn unterlassen hatten.

Rainer Barzel dürfte in seiner Ungebundenheit besser als Dr. Helmut Kohl und Prof. Dr. Karl Carstens erkannt haben, daß die CDU aus ihrer Anpassungsphase an die CSU herauskommen muß, wenn sie nicht völlig unter den Einfluß von Strauß geraten will. Die Konsequenzen der schwachen und halbherzigen Parteiführung unter Helmut Kohl werden immer deutlicher und zeigen sich nicht zuletzt in der Tatsache, daß das sowieso schon nicht geschlossene Führungsteam der Christdemokraten in immer neue Liberos auseinanderläuft.

In diese Entwicklung des "größeren Bruders", die durch den Generalsekretär Prof. Kurt Biedenkopf möglicherweise noch gebremst werden könnte, bei gleichbleibender Führungslage aber kaum noch aufzuhalten ist, hat sich Strauß mit großem taktischen Geschick rasch entschlossen eingeschaltet. Wer diesen Trend noch nicht erkannt haben sollte, dem helfen die jubelnden Springer-Kolumnisten hilfflich auf die richtige Spur. Dort sieht man schon neues Morgenrot und ist daher eilends auf den neuen Supermann eingeschwenkt, von dessen Robustheit im Parteien- und Wahlkampf man sich mehr verspricht, als von der "mangelnden Entschlossenheit" und der "schwankenden Haltung" der derzeitigen CDU-Führung, die Strauß in München gerügt hat.

Dem Szenenbeobachter hat der Bonner Warnruf Dr. Barzels gegen den Münchner Strauß-Trend erkennen lassen, daß sich die CDU ganz offensichtlich unmittelbar vor einem Wegekreuz befindet. Die Entscheidung in der Frage, welchen Weg sie gehen will, wird auch über ihr Schicksal bestimmen.

(ea/17.7.1974/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller